

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Ausland 120 Pf. — Preis pro Ausland 120 Pf. — Preis pro Ausland 120 Pf.

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Ausland 120 Pf. — Preis pro Ausland 120 Pf. — Preis pro Ausland 120 Pf.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 8

Dienstag, den 11. Januar 1927

22. Jahrgang

Die Verhandlungen mit der Botschafterkonferenz.

Die französische „nationale“ Presse intrigiert.

Paris, 9. Jan. „Matin“, „Echo de Paris“, „Journal“ und in verringertem Umfang auch „Petit Journal“ veröffentlichen heute vormittag angesichts der in den nächsten Tagen beginnenden Verhandlungen des Generals von Paweloff mit den militärischen Sachverständigen der Botschafterkonferenz über die Frage der östlichen deutschen Festungen und der Begriffsbestimmungen für Kriegsmaterial Artikel, die ohne Zweifel von militärischer Seite inspiriert wurden. „Matin“ will sogar die Akten der Botschafterkonferenz durchgesehen haben, was einigermaßen Erstaunen erregen muß, da die Verhandlungen zwischen den deutschen Delegierten und den Vertretern der Botschafterkonferenz bis jetzt streng geheimgehalten wurden.

Die Tendenz sämtlicher Artikel, die heute vormittag erschienen, geht darauf hinaus, die Verhandlungen zu erschweren oder sicherlich nicht zu erleichtern. Es ist deshalb erforderlich, diese Sabotage anzuzeigen, da man aus ihr schließen darf, daß gewisse französische Kreise, die sich in den letzten Tagen so auffällig bemühen, die Frage der Rheinlandbesetzung wieder zu einem Gegenstand der allgemeinen Erörterung zu machen, jetzt

den Augenblick für gekommen halten, um entgegen der Tendenz des Völkerbundesrates, der die Beendigung der interalliierten Militärkontrollen für den 31. Januar beschlossen hat, in irgendeiner Form etwas zu „retten“, was Deutschland unmöglich annehmen kann, nachdem es gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes geworden ist, und nachdem ihm die Völkerversammlung in Genf bereits im Monat September feierlich bescheinigt hat, daß es entrassnet ist. Die heute vormittag erschienenen Artikel richten sich übrigens auch gegen die Spannungspolitik des französischen Ministers des Auswärtigen und erscheinen seitensamerweise in den Blättern, die vor einigen Tagen Briand das Wort gegeben haben, um für diese Politik mit Wärme und Entschiedenheit einzutreten. „Le Roubelle“ erkennt offenbar die Schwierigkeiten, die man von gewisser Seite zu bereiten sucht. Sie fordert in eindringlicher Weise auf, man möge sie beseitigen, damit eine für die Friedenspolitik günstige Entscheidung getroffen werden könne, die im übrigen den Gefühlen der Mehrheit des französischen Volkes entspreche.

Die Umwandlung von Kohle in Öl.

Auf der Internationalen Konferenz für Weichkohle, die Mitte November in Pittsburg unter den Auspizien des Carnegie Institute of Technology stattfand, erregten zwei Vorträge von deutschen Forschern über dieses aktuelle Thema allseitig besondere Aufmerksamkeit.

In dem einen machte Dr. Friedrich Bergius, Heidelberg, erstmalig nähere Angaben über sein Verfahren zur Umwandlung von Kohle in flüssige Kohlenwasserstoffe mittels Hydrierung (oft fälschlich als Verflüssigung der Kohle bezeichnet). Das bekannte Verfahren der Kohlendestillation bei niedriger Temperatur liefert Öl nur als Nebenprodukt. Die Vereinigung von Kohlenstoff und Wasserstoff auf katalytischem Wege über das Wassergas nach dem Patent der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rhein führt hauptsächlich zu Methanol (Methylalkohol) und anderen hochwertigen Alkoholen. Für die Gewinnung von erdähnlichen Stoffen (Synthol) zu Kraftweden, die hohen Druck erfordern, ist auch dieser Weg zu unrentabel.

Bei beiden Verfahren wird der Kohle Wasserstoff entzogen. Hingegen wird nach dem Verfahren von Bergius (auch Bergiusverfahren genannt) der Kohle die gleiche Menge Wasserstoff zugeführt, die sie selbst enthält. Dies geschieht unter allmählichem Erhitzen, zunächst auf 300 bis 500 Grad, dann auf 450 bis 500 Grad sowie unter Anwendung sehr hohen Drucks (mehreren 100 Atm.). Die dabei entstehenden Kohlenwasserstoffe reichen vom gasförmigen Methan bis zu den hochsiedenden Verbindungen. Die Durchführung des Prozesses verlangt eine besondere Apparatur, deren technische Ausgestaltung rund 12 Jahre Arbeit und etwa 50 Mill. RM Kosten erfordert hat. Ist doch u. a. die feste Kohle in eine Form zu bringen, in der sie durch Pumpen fortbewegt werden kann.

Die große wirtschaftliche Bedeutung des Verfahrens beruht auf die Billigkeit der Ausgangsstoffe. Außer Anthrazit kann fast jede Kohlenart, vor allem Braunkohle, verarbeitet werden, die geeignet und erproben das sonst erforderliche Verfahren. Der Wasserstoff wird aus den Reaktionsgasen gewonnen, die aus Koks, also bei der Verarbeitung der Kohle entstehen. Das Verfahren kann somit den industriellen Verhältnissen eines jeden Landes und seinen Bodenschätzen angepaßt werden.

Es lassen sich auf diesem Wege etwa 40 bis 70 Gewichtsprozent der Kohle in Öl gewinnen. Daraus können 100 Kilogramm Gasolin und 200 Kilogramm Mittelöl abgetrennt werden, wozu letztere 80 Kilogramm Brennstoff und 80 Kilogramm Schmieröl sowie einige Nebenprodukte liefern. Die Herstellungskosten gestatten einen Wettbewerb mit den natürlichen Erzeugnissen. Das künstliche Gasolin soll sich im Motor wie ein Gemisch von Benzol mit natürlichem Gasolin verhalten, ohne daß das lästige Klopfen auftritt. Die nutzbare Energie der Kohle wird durch die Ueberführung in Öl auf das Dreifache erhöht. Nachdem das Verfahren mit Hilfe der I. G. Farbenindustrie A.-G., nunmehr in allen Einzelheiten technisch durchgebildet ist, sollen in Deutschland zwei große Werke, im Braunkohlen- und Ruhrgebiete, errichtet werden, die zu Anfang jährlich zusammen etwa 1 1/2 Mill. Hektoliter Öl liefern sollen. Das eine wird an das bekannte Leuna-Werk bei Merseburg angeschlossen. Mit dem Bau ist schon begonnen worden.

Ein wesentlicher Vorzug des Bergiusverfahrens ist, daß es mit der Leuchtgasbereitung eines jeden Gaswerks unmittelbar verbunden werden kann, indem der abfallende Koks zur Gewinnung des benötigten Wasserstoffs benutzt wird. Es wird dann Gas und Öl statt bisher Gas und Koks erzeugt. Infolge der Verringerung der Koks menge, von dessen Abfall die Gasbereitung oft abhängig ist, könnte somit auch das Leuchtgas in größerer Menge und zu billigerem Preise angeboten werden.

Den zweiten bedeutsamen Vortrag über die Umwandlung von Kohle in Öl hielt Geheimrat Regierungsrat Professor Dr. Franz Fischer, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohlenforschung in Mülheim a. Ruhr. Das von ihm gemeinsam mit Dr. Ing. Hans Tropsch ausgearbeitete Verfahren beruht auf der katalytischen Einwirkung von meist kobalt- oder eisenhaltigen Stoffen, z. B. einem Gemisch von Kobalt- und Chromoxyd, auf Wassergas bei 300 bis 500 Grad. Es weicht von dem Bergiusverfahren hauptsächlich dadurch ab, daß es ohne Anwendung von Druck arbeitet. Mit seiner Hilfe können auf einfache Weise sämtliche Erdölprodukte hergestellt werden, die sich in nichts von den pennsylvanischen unterscheiden. Zur Erzeugung des Wassergases kann statt der Kohle auch Torf, Holz oder Katurgas dienen.

Welches von beiden Verfahren in einem gegebenen Falle vorzuziehen ist, hängt von der künftigen Entwicklung und den örtlichen Verhältnissen ab. Da beide Verfahren die Nutzung der Kohle erheblich steigern, so scheint durch sie die Gefahr der Erschöpfung unserer Kohlenlager, ebenso wie die unserer Erdölvorräte, weiter hinausgeschoben zu sein. Jedenfalls stellen sie technische Fortschritte dar, die aller Voraussicht nach in der ganzen Kulturwelt weitreichende wirtschaftliche Folgen herbeiführen werden.

Berschärfung der Lage in China.

Paris, 9. Jan. Wie Havas aus Schanghai berichtet, verlautet aus japanischer Quelle aus Peking, daß die Peking Regierung in der Befürchtung, daß die nationalstiftischen fremdenfeindlichen Kundgebungen anhalten, beschlossen habe, die ausländischen Konzessionen in Peking aufzuheben, jedoch bis zu einem gewissen Punkte freundschaftliche Beziehungen mit den Mächten zu unterhalten. Weiter wird berichtet, daß in Schanghai eingetroffene Beamte der englischen Polizei von Hankau auf der schwarzen Liste derjenigen stehen, die bei erster Gelegenheit getötet werden sollen.

Peking, 9. Jan. Das Auswärtige Amt erklärt, es habe keine Kenntnis davon, daß beabsichtigt sei, die ausländischen Konzessionen in Peking aufzuheben.

Die Flucht aus Hankau.

Paris, 9. Jan. Wie „Chicago Tribune“ aus Schanghai berichtet, sind fünf amerikanische Geschäftler in Hankau angekommen. Außerdem wird gemeldet, daß der erste Transport Flüchtlinge aus Hankau und den anderen am Jangtschiang liegenden Häfen wohlbehalten in Schanghai eingetroffen seien. Angesichts der Unmöglichkeit, die 40 000 Personen umfassende ausländische Kolonie von Schanghai abzutransportieren, sollen die ausländischen Konsulate vorgeföhren bei ihren Regierungen dringend um militärischen Schutz nachgesucht haben.

Indien kritisiert England.

London, 9. Jan. In amtlichen japanischen Kreisen betrachtet man die Lage in Hankau mit größtem Interesse, weil man befürchtet, daß es auch anderswo zu weiteren Zwischenfällen kommen wird, und zwar auch zum Schaden anderer ausländischer Interessen einschließlich der japanischen. Wie verlautet, hat sich das japanische Kabinett noch nicht über die Haltung entschieden, die einzunehmen sein wird, wenn sich Japan ähnlichen

Problemen gegenübersteht wie England in Hankau. Weitblickende Japaner bedauern es aufrichtig, daß in einer Reihe japanischer Zeitungen bei Erörterung des britischen China-Memorandum antibrüitische Meinungen erschienen sind, und sie erklären, daß es für Japan und Großbritannien wesentlich sei, zusammensuarbeiten und den chinesischen und sonstigen den beiden Ländern feindlichen Bestrebungen Widerstand entgegenzusetzen.

Japan und Großbritannien müssen zusammengehen.

Bombay, 9. Jan. Die Auffassung der indischen nationalstiftischen Presse über die Ereignisse in China kommt in dem „Bombay Chronicle“ zum Ausdruck, der die gegenwärtige Lage auf „die rückwärtslose Unterdrückung- und Ausbeutungspolitik gegenüber China“ zurückführt. Das Blatt wirft den britischen Politikern vor, sie hätten den Ernst der chinesischen Lage nicht begriffen, als bereits die ganze Welt darüber sprach, und äußert Zustimmung zu dem China-Manifest der britischen Arbeiterpartei, das u. a. die Zurückziehung der Kriegsschiffe verlangt. „Indian Daily Mail“ rät zu einer Politik der Versöhnung und Gebuld und drückt die Ansicht aus, daß Großbritannien, wenn es sich zu einer Politik des Zwanges entschließen sollte, alsbald isoliert dastehen würde.

Niederlage der Kantontuppen?

London, 10. Jan. Dem Peking Berichterstatter des „Daily Mail“ zufolge hat Marshall Tschangtschun mitgeteilt, der Feldzug der Alliierten gegen die Kantonesen habe begonnen und Marshall Wupeifu hätte beim Kampf um Hunan zwei entscheidende Siege errungen. (Diese letzte Meldung muß sehr vorsichtig aufgenommen werden. D. Red.)

Eh rung des Reichspostministers.

Wien, 9. Jan. Der Bundespräsident hat aus Anlaß der Fertigstellung des Fernabteils Wien—Waffau—München dem Reichspostminister Dr. Stin gl das große goldene Ehrenzeichen am Bande, dem Ministerialdirektor im Reichspostministerium Dr. Ing. Graemer das große Ehrenzeichen am Stern, dem Ministerialrat im Reichspostministerium Stegmann das große goldene Ehrenzeichen, dem Oberposttrat im Reichspostministerium Höpfner und dem Direktor der Siemens-Schuckert-Werke in Berlin D e r l i n g das große silberne Ehrenzeichen in Emaille verliehen.

940 000 eingetragene Falschisten.

Rom, 9. Jan. In einer vergangene Nacht abgehaltenen Sitzung stellte der Große Rat der Faschistischen Partei fest, daß die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder 940 000 betrage.

Heute Beginn der Verhandlungen über die Regierungskrise.

Wie die Blätter vermuten, wird Reichspräsident v. Hindenburg heute zunächst den Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Abg. Müller-Branten, empfangen und ihn ersuchen, Verhandlungen mit den Parteien für die Bildung einer neuen Regierung zu führen. Der „Montagspost“ zufolge werde Hermann Müller den Auftrag ablehnen, und Hindenburg werde dann, entsprechend den parlamentarischen Grundgesetzen, den demissionarischen Parteiführer Graf Westarp mit der Regierungsbildung betrauen. Nach Ansicht der „Montagspost“ werde sich Graf Westarp Bedenken aussprechen und wenigstens formelle Verhandlungen mit den Parteien aufnehmen. Da sein Versuch unzweifelhaft mit einem Mißerfolg enden werde, so werde der Reichspräsident den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius mit der Regierungsbildung betrauen. Weiterer auch dieser, so bleibe als einzige Lösung, daß wieder ein Reichstagsler aus den Reihen des Zentrums komme, der abermals, wie Dr. Marx, ein Kabinett bildet, das mit der Regierungsbildung betrauen wird.

Gedruckte Gedächtnisblätter